

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit Forschungsschwerpunkt Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung sowie besonderem regionalen Interesse an Malaysia und Singapur.

KURZ NOTIERT

von Michael Stratil

Weniger Arbeitsvisa für Arbeitsmigranten

In Singapurs Visapolitik zeichnet sich eine Kehrtwende ab. Seit Mitte 2016 wird für indische Gastarbeiter der IT-Industrie die Erlangung von Arbeitsvisa erschwert, nachdem rund 100 Unternehmen in die öffentliche Kritik geraten waren, ausländische ArbeitnehmerInnen vor InländerInnen zu privilegieren. Während insbesondere die IT-Industrie über Jahre hinweg mit Arbeitsvisa gestärkt wurde, scheint nun eine andere Logik die singapurische Arbeitsmarktpolitik zu bestimmen.

Bereits im Oktober 2015 hatte das singapurische Arbeits-

ministerium das Fair Consideration-Rahmenkonzept veröffentlicht, das inländischen ArbeitnehmerInnen größere Jobchancen verschaffen und gleichzeitig eine inländische Kernbelegschaft sicherstellen sollte. Dem Rahmenkonzept zufolge müssen Unternehmen mit mehr als 25 ArbeitnehmerInnen offene Arbeitsplätze öffentlich ausschreiben, bevor eine Beschäftigungserlaubnis für ausländische ArbeitnehmerInnen beantragt wird.

Die genauere Prüfung von Beschäftigungserlaubnissen und eine gleichzeitige Erhöhung des

Mindestlohns für ausländische ArbeitnehmerInnen führten zu einer spürbaren Reduktion erteilter Arbeitsvisa, so Gagan Sabharwal, Vizepräsident des indischen IT-Dienstleisters NASSCOM.

Der nunmehr stärkere Fokus, die lokale Beschäftigung zu fördern, steht im Widerspruch zum öffentlichen Bild, das Singapur in den vergangenen Jahrzehnten von sich geprägt hat: Das eines offenen laissez faire-Einwanderungslandes für ausländisches Fachpersonal.

Quartz Media 12. April 2017

Indiatoday 6. April 2017

Asyl für singapurische AktivistInnen

Am 23. März 2017 erhielt der singapurische Blogger Amos Yee die Flüchtlingseigenschaft in den USA. Ein Richter begründete die Entscheidung damit, dass Yee in Singapur aufgrund seiner politischen Überzeugungen verfolgt werde.

Vor dem Asylverfahren in den USA hatte Amos Yee die singapurische Justiz über zwei Jahre hinweg beschäftigt. Im Jahr 2015 hatte der damals Minderjährige nach dem Tod des Gründungsvaters der Regierungspartei PAP, Lee Kuan Yew, auf YouTube ein Video veröffentlicht. Darin bezeichnete er Lee als Diktator und schlechten Führer, kritisierte das politische System und äußerte sich religionskritisch.

Da Kritik am politischen System, an Lee Kuan Yew oder am

religiösen und ethnischen Zusammenleben in Singapur gesellschaftlich und rechtlich geächtet ist, folgte dem Tabubruch des Bloggers ein öffentlicher Aufschrei.

Das Ergebnis war eine vierwöchentliche Inhaftierung Yees. Es folgte eine zweiwöchentliche Unterbringung in der Psychiatrie, bevor Yee ein Jahr später, nach seinem Geständnis, den Islam und das Christentum beleidigt zu haben, für weitere sechs Wochen inhaftiert wurde.

Im Dezember 2016 hatte sich schließlich der nunmehr volljährige Yee in die USA abgesetzt, um politisches Asyl zu begehren.

Auf die Entscheidung des US-Richters reagierten die singapurischen Behörden mit Unverständnis. Yee sei aufgrund seiner

Hassrede verurteilt worden, sein Asylantrag sei daher haltlos und unbegründet.

Yee ist der erste singapurische Dissident, der in den USA politisches Asyl sucht. Die Begründung des US-Richters hat für die singapurische Opposition durchaus Signalwirkung. So verließ beispielsweise die politische Aktivistin und Politikerin Han Hui Hui nur wenige Tage nach der Urteilsverkündung das Land, um politisches Asyl in Europa zu beantragen.

The Economist 30. März 2017

The Straitstimes 14. April 2017

The Online Citizen 30. März.2017

The Independent 2. April.2017